

## Bericht über den „Tag der westfälischen Geschichte“ 1983 in Recklinghausen

Der von den beiden Abteilungen des Vereins gemeinsam mit dem Provinzialinstitut für westfälische Landes- und Volksforschung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ausgerichtete 35. „Tag der westfälischen Geschichte“ fand am 29. und 30. Oktober 1983 in Recklinghausen statt.

Im einzelnen enthielt das Tagungsprogramm:

Am 29. Oktober 1983

Zusammenkunft der Vertreter der westfälischen Geschichtsvereine mit Referaten von Dr. Karl-Heinz Kirchhoff, Dr. Wilfried Reininghaus und Dr. Hermann Terhalle zum Thema „Gildewesen“.

Eröffnung durch Professor Wilhelm Winkelmann, Münster, Vorträge von Dr. Karl-Heinz Kirchhoff (Münster): Zur politischen Entwicklung des Vestes Recklinghausen in Mittelalter und Neuzeit, und Professor Dr. Albin Gladen (Bochum): Das Ruhrrevier im Wandel – Wirtschaft und Bevölkerung Recklinghausens in der Phase der Hochindustrialisierung.

Am 30. Oktober 1983

Stadtrundfahrt

Vortrag von Privatdozent Dr. Manfred Hommel (Bochum): Perspektiven und Probleme der Raumentwicklung am Nordrand des Ruhrgebietes.

Kurzfassungen der Vorträge in der Anlage

Folgende Exkursionen wurden durchgeführt:

1. Bergbaubedingter Strukturwandel im nördlichen Ruhrgebiet / Kreis Recklinghausen
2. 1000 Jahre Wasserwirtschaft und Wasserversorgung im nördlichen Ruhrrevier
3. Bäuerliche Strukturen in einer Industriegroßstadt am Beispiel Hochlar.

Kurzfassungen der auf dem  
„Tag der westfälischen Geschichte“  
in Recklinghausen gehaltenen  
Vorträge

*Karl-Heinz Kirchhoff: Rat und Gilde in der mittelalterlichen Stadt*

Genossenschaftliche Zusammenschlüsse von Personen mit gleichen Interessen waren eine typische Erscheinung des mittelalterlichen Lebens im weltlichen und kirchlichen Bereich. Schon im 13. und 14. Jahrhundert gab es in westfälischen Städten Gemeinschaften (Bruderschaft, Gesellschaft, Gilde), die teils religiöse, teils wirtschaftliche Ziele verfolgten. Handwerker und Kaufleute gründeten mit Genehmigung des Rates berufsorientierte Gilden, die das gewerbliche Leben ordnen, das Gewinnstreben des einzelnen eindämmen und das Gemeinwohl fördern sollten.

Die in Gilden organisierten Gewerbe machten zwar nur einen Teil der gesamten Bürgerschaft, der sogenannten *Gemeinheit* aus, gewannen jedoch gegenüber den übrigen Bürgern bald einen Vorsprung an Wirtschaftskraft und Ansehen und, damit verbunden, an Einfluß auf das öffentliche Leben der Stadt. In Klein- und Mittelstädten wurden vorwiegend die Vertreter der führenden Gilden in den Rat gewählt. In den größeren und älteren Städten traf das Aufstreben der Gilden auf den Widerstand der Geschlechter (*Patrizier*), die bald nach der Stadtwerdung zur führenden Schicht geworden waren und allein die Ratsherren stellten: z. B. die Erbsassen in Dortmund, die Erbsälzer in Soest, die Erbmänner in Münster. In diesen und ähnlich gelagerten Fällen (z. B. in den großen Hansestädten) mußte es zu innerstädtischen Machtkämpfen kommen, die den Charakter von Revolte oder Aufruhr annehmen konnten.

Am Beispiel der Stadt Münster, wo die Aufnahme der Gildenfürher in den Rat bisher in engem Zusammenhang mit dem Aufruhr von 1450/57 gesehen wurde, wird gezeigt, daß hier die Gilden schon einige Jahrzehnte früher in die Mitverantwortung hineinwachsen konnten, nachdem die Einzelgilden sich zu einem größeren genossenschaftlichen Verband, der *Gesamtgilde*, zusammengeschlossen hatten, der beanspruchte, die Interessen der ganzen *Gemeinheit*, d. h. auch der nicht in Gilden organisierten Bürger, zu vertreten. Um 1430 übernahmen die Vorsteher der *Gesamtgilde*, die *Olderlude*, Mitverantwortung in der städtischen Verwaltung, um 1440 wurden erstmalig führende *Gildemeister* in den Rat der Stadt Münster gewählt.

*Wilfried Reininghaus: Von der Gilde zur Innung?*

Die Geschichte der Organisationsformen des westfälisch-lippischen Handwerks im 19. Jahrhundert reicht von den Gilden und Zünften bis zu den Innungsverbänden und Handwerkskammern. Gab es eine Kontinuität zwischen den einzelnen Formen oder sind Zäsuren erkennbar?

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herrschte in Westfalen und Lippe kein einheitliches Gewerberecht. Zwar wurden die Zünfte in französischen Gebieten aufgehoben, jedoch blieben sie im Herzogtum Westfalen (bis 1830), in Wittgenstein (bis 1845) und in Lippe (bis 1868) bestehen. Erst die Gewerbeordnung von 1869 schuf eine gemeinsame Basis. Innungen, in Preußen ab 1845 wieder mit gewissen Korporationsrechten ausgestattet, sollten reine Privatvereine sein. Im Zeichen eines wachsenden Protektionismus gewannen Innungen durch fünf Handwerksnovellen zwischen 1881 und 1897 Körperschaftsfunktionen zurück. 1897/1900 wurden mit den Handwerkskammern (in Westfalen-Lippe 5) öffentlich-rechtliche Interessenvertretungen des Handwerks eingerichtet.

Am Ende des Alten Reiches präsentierten sich die Handwerker gilden in sehr unterschiedlichem Zustand, die meisten hatten den Höhepunkt ihrer Macht längst überschritten. Traditionelle handwerkliche Kultur und Lebensformen prägten weiter das Kleingewerbe, ohne daß jedoch massiv eine Wiedereinführung der Zünfte gefordert worden wäre. So hielt sich auch nach 1845/49 die Zahl der Innungs-Neugründungen in Grenzen. 1848 konstituierte sich aus örtlichen Gruppierungen ein westfälischer Handwerkerverein, der jedoch wie die meisten Innungen die 1850er Jahre nicht überdauerte. Weder lokal noch regional bestanden bis 1880 erwähnenswerte Organisationen der Handwerker in Westfalen-Lippe. Erst durch politische Förderung und Initiativen von Kommunen regten sich in den 1880er Jahren Innungen. Zugleich wurde 1881 der Westfälische Handwerkerbund, später Provinzial-Bundesamt, mit 4 000 Mitgliedern gegründet. Er fiel jedoch nach internen Streitigkeiten auf 1 000 Mitglieder zurück und wirkte nur noch „propagandistisch“. Innungen entstanden vor allem in den expandierenden Großstädten, sie erreichten jedoch nur in Ausnahmen, z. B. bei den Bäckern, vor 1900 größere Durchschlagskraft. Erst mit der Einrichtung von Handwerkskammern stabilisierten sich dauerhaft Innungen und Regionalverbände von Handwerkern.

*Hermann Terhalle: Gilden und Zünfte in westmünsterländischen Kleinstädten am Beispiel von Vreden und Stadtlohn*

Die quellenmäßige Überlieferung zur Geschichte der Zünfte in Stadtlohn und Vreden ist äußerst unzureichend. Stadtbrände und die Folgen des Bombenkrieges haben die Unterlagen in den Stadtarchiven vernichtet. So ist die Erforschung der Geschichte dieser Zünfte fast ausschließlich angewiesen auf die Quellen im Staatsarchiv Münster, die anlässlich von internen Streitigkeiten und der sich daraus ergebenden Appellation an den Landesherrn entstanden. Sie beinhalten nur einige Aspekte der Zunftgeschichte und gehören zudem dem 17. und vor allem dem 18. Jahrhundert an.

Das älteste vorhandene Dokument ist die Ordnung der Weber zu Vreden von 1507. Im wesentlichen regelt die Rolle den Eintritt in die Gilde, das Verhältnis dieser zur Stadt sowie die religiösen und gesellschaftlichen Verpflichtungen der Gildebrüder. Über die Ausbildung der Lehrjungen und die Qualitätsanforderungen an die handwerkliche Arbeit wird fast nichts ausgesagt, so daß man fast eher von einem Amt oder einer Bruderschaft sprechen kann als von einer Gilde oder Zunft.

Aus Stadtlohn liegen die ersten Zunftrollen aus dem Jahre 1579 vor. Sie gelten für die Weber und für das Schreinergerwerbe. Offensichtlich sind beide Gilden erst zu diesem – relativ späten – Zeitpunkt gegründet worden. Ziel der Gründung war, daß man sich gegenseitig bei An- und Verkauf keinen Schaden zufügen und in „diesen ser gefेरlichen Zeiten“ zusammenstehen wollte. Einen weiteren Grund für die Zunftgründung erkennt man deutlich in den gestaffelten Aufnahmegebühren für Meisterkinder, für Kinder sonstiger Bürger und für Kinder von Auswärtigen, so daß auf diese Weise die Zünfte zum Kartell bestimmter Familien degradiert wurden.

Gildeordnungen aller fünf Vredener Zünfte – Weber, Schneider, Schuster, Schreiner und Schmiede – liegen erst aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts vor. Ihre wesentliche Bestimmung zielt auf den Schutz der städtischen Handwerker vor der Konkurrenz der nichtzünftigen Handwerker der Bauerschaften ab.

Infolge des militärischen Geschehens zu Beginn des 30jährigen Krieges entzieht der Landesherr den Städten die Privilegien und erlaubt ihnen später aufgrund des Recessus restitutorius von 1632 nur Zünfte und Gilden, die vom Landesherrn bestätigt worden sind.

Erst in der Mitte des 18. Jahrhunderts – Ausnahme ist die Stadtlohner Schneiderzunftordnung von 1711 – werden vom Landesherrn neue Zunftordnungen für die Handwerker beider Städte bestätigt, die auch die Bestimmungen des Recessus restitutorius von 1632 und der Reichshandwerksordnung von 1731 berücksichtigen. Letztlich stellt das einen Beweis für die geringe politische Bedeutung der Zünfte in den kleinen Städten dar, an deren Stadtrezimment sie als Zünfte nicht direkt beteiligt waren.

*Karl-Heinz Kirchhoff: Zur politischen Entwicklung des Vestes Recklinghausen in Mittelalter und Neuzeit*

Die heute noch vielfach benutzten Bezeichnungen Vest bzw. vestisch weisen darauf hin, daß hier im Raum Recklinghausen-Dorsten das Gebiet eines mittelalterlichen Gerichtsbezirks bis zur Gegenwart als Einheit empfunden wird.

Diese Beständigkeit ist in dem relativ kleinen Gebiet, das seit dem 13. Jahrhundert ein Außenposten des Erzbistums Köln war, durch die besondere Situation der Exklave zwischen Lippe und Emscher zu erklären. In der Zeit der territorialen Fehden (14./15. Jh.) überschritten sich im Vest die politischen Kraftfelder, es wurde zum Kampfplatz der Nachbarn, ohne jedoch selbst okkupiert zu werden. Danach war das Vest 140 Jahre lang im Pfandbesitz auswärtiger Dynasten (Mörs, Gemen, Schaumburg), es wurde verliehen, ausgebeutet und vererbt, doch blieb die kölnische Oberherrschaft bis zur Wiedereinlösung 1576 und auch fernerhin unangefochten. Erst die Säkularisation des Erzstifts Köln löste 1803 die tausendjährigen Bindungen zum Rhein; das Vest fiel an den Herzog von Arenberg als Entschädigung für linksrheinische Gebietsverluste und wurde 1810 dem Großherzogtum Berg zugeteilt. Nach der Neuverteilung der kurzlebigen napoleonischen Staatsbildungen durch den Wiener Kongreß 1815 fand das Vest, vergrößert durch die Herrlichkeit Lembeck, als Landkreis Recklinghausen in der preußischen Provinz Westfalen 1816 eine neue Heimstatt.

Die Welle der kommunalen Neugliederungen, ausgelöst in der Mitte des 19. Jahrhunderts durch Industrialisierung und sprunghaftes Bevölkerungswachstum im Ruhrgebiet, erreichte das Vest erst um die Jahrhundertwende. Die Entstehung der neuen Städte auf Kosten des Landkreises Recklinghausen machte einen Ausgleich nötig, wobei aber die historischen Verbindungen innerhalb des Vests bewahrt bleiben sollten. So kam es 1929 zur Angliederung von Stadt und Amt Haltern.

In dieser Form hat der Kreis Recklinghausen die Aufhebung des Landes Preußen und der Provinz Westfalen sowie die Gründung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen 1946 überstanden. Nach der kommunalen Gebietsreform 1975 zeigt sich der Kreis zwar in den Umrissen verändert, aber den Kern bildet immer noch der Raum Recklinghausen-Dorsten, das historische Vest.

*Albin Gladen: Das Ruhrrevier im Wandel. Wirtschaft und Bevölkerung Recklinghausens in der Phase der Hochindustrialisierung*

Vorbemerkung:

In der historischen Forschung läßt sich weltweit gegenwärtig in dem Punkt uneingeschränkte Übereinstimmung beobachten, daß die „Industrialisierung“ als der grundlegende Prozeß der modernen Weltepoche zu werten ist. Was im ausgehenden 18. Jahrhundert als technischer Umbruch zuerst in England begann und dann weltweit wirksam wurde, blieb nicht im Bereich der Technik, sondern griff auf alle anderen Lebensbereiche aus: nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Bevölkerung, Gesellschaft, Kultur und Staat sind einem grundsätzlichen Formwandel unterworfen worden, der auch heute weiterhin als die jeweilige Antwort einer Gesellschaft auf die oft krisenvollen Herausforderungen ihrer Zeit regional-spezifisch zu realisieren ist.

Die vielfältigen historischen Stationen dieses wirtschaftlich wechselvollen und gesellschaftlich konfliktreichen Weges in die Moderne lassen sich sachgemäß wohl nur „am Ort“ erfassen und begreifen. Somit besitzt die Geschichte der Stadt Recklinghausen und ihres Umlandes im Industriezeitalter eine doppelte Funktion. Sie verdeutlicht zum einen den besonderen und einmaligen Weg dieser Stadt von einem bescheidenen Gewerbezentrum mit 5 100 Einwohnern im Jahre 1818 zu einer bedeutenden Industriestadt, die an der Schwelle zum 20. Jahrhundert ihre Einwohnerzahl mit 34 010 auswies. Zum anderen stellt sie ein Teielement gesamtwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Entwicklungsprozesse im Industriezeitalter dar, in dem sich Voraussetzungen, Ansätze und Verlaufsformen strukturwandelnder Prozesse entdecken und die einwirkenden Faktoren in ihrer Prägekraft und Reichweite erkennen lassen. Eine historische Aufarbeitung dieser Regionalgeschichte erschließt uns Wirkungs- und Sinnzusammenhänge, in denen unsere Gegenwart begründet ist, und vermag uns ein Potential an Handlungsorientierung zugänglich zu machen, das unabdingbar notwendig ist für rationales politisches Handeln, wie es z.B. dringlich geboten ist zur Bewältigung der aktuellen krisenvollen Entwicklung im Ruhrgebiet.

## Recklinghausen im Industriezeitalter

### Wirtschaft:

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde zunehmend erkannt, daß auch der zu Beginn des 19. Jahrhunderts (10. 08. 1816) gegründete Kreis Recklinghausen mit der gleichnamigen Stadt als Verwaltungs- und Versorgungszentrum in der Verfügbarkeit über Kohlevorkommen der nach Norden ausgreifenden Bergbauindustrie des Ruhrgebietes entscheidende Standortvorteile bot, ihn in eine neue Erschließungsphase, die in den 1860er Jahren das Emschergebiet erfaßte, einzubeziehen. Als dann 1858 die ersten Abteufarbeiten für die Zeche Nordstern

eingeleitet wurden, überschritt damit der Kreis Recklinghausen die Schwelle zum Industriezeitalter. In den folgenden Jahrzehnten der Hochindustrialisierung formte er die Nordwanderung des Ruhrgebietes mit und fügte sich mit seiner Vestischen und Lippe-Zone als vorerst nördlichste Region der Industrielandschaft des Ruhrgebietes ein. Wirtschaft und Bevölkerung dieses Raumes wurden nun von einem umfassenden Strukturwandel erfaßt und in Richtung auf eine diversifizierte Industriegesellschaft und Industriegesellschaft ausgeprägt. Zugleich erwies sich die Industrie als Gründer neuer Gemeinden, wie Hochlarmark und Hüls als Standorte der Zechen Recklinghausen II und Auguste-Victoria. Neue industriewirtschaftliche Zentren gewannen alsbald die Funktion ökonomischer und sozialer Kernräume regionaler Urbanisierung, die zur Entstehung und Ausprägung städtischer Lebensformen im Bannkreis der Kohle führten.

Die Entwicklung des Steinkohlebergbaus im Stadtgebiet von Recklinghausen wie in den anderen Bergbaugebieten des Kreises war eingebunden in die wirtschaftlichen Konjunkturverläufe der Zeit. So war sie in den „Gründerjahren“ (1870/73), in denen es geradezu zu einem Spekulationstaumel kam – allein 1872 schürften 19 Bohrgesellschaften auf Recklinghäuser Kreisgebiet –, zur beschleunigten Expansion geführt worden, die dann in den nachfolgenden Jahren der „Gründerkrise“ (1873/79) abrupt unterbrochen wurde. Die „Große Depression“, nur von einem kurzen Aufschwung unterbrochen (1880/82), reichte bis zum Ende der 1880er Jahre und ließ jegliche Investitionstätigkeit im Kreis Recklinghausen zum Erliegen kommen. Eine Wende zur erneuten wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung brachte dann das Niederbringen eines zweiten Förderschachts auf der Zeche Blumenthal 1889, der bald eine Phase verstärkter bergbaulicher Expansion folgte. Von allen im Oberbergamtsbezirk Dortmund in Angriff genommenen Schachtanlagen befand sich um die Jahrhundertwende mehr als ein Drittel (35,7%) auf Recklinghäuser Gebiet. Dieser Raum war zu einem Wachstumszentrum in der nördlichen Bergbauzone des Ruhrgebiets geworden, das auf der Basis der geförderten Fett-, Gas- und Flammkohle ein vielseitiges Verbundsystem zwischen Bergbau, Kokerei, Kohlenchemie und Hüttenindustrie entstehen ließ.

#### Bevölkerung:

Eine grundlegende Wechselbeziehung zwischen industriegewirtschaftlichem Ausbau und Zunahme der Bevölkerung wird deutlich, wenn man den Anstieg der Einwohnerzahlen der Stadt Recklinghausen mit der quantitativen Ausdehnung des Bergbaus auf ihrem Gebiet vergleicht. Beide Einheiten, Zechenbelegschaften und Gesamtbevölkerung, verdoppelten sich in der Zeit von 1895 bis 1910. So stieg die Zahl der Belegschaftsmitglieder der Schachtanlagen Recklinghausen, König Ludwig und General Blumenthal, in diesen 15 Jahren von 5 196 auf 13 168 (+ 153 %) und die Gesamtbevölkerung der Stadt von 20 644 auf 53 701 (+ 160 %). Der maßgebliche Wachstumsimpuls für die Bevölkerungsentwicklung Reckling-

hausens ging dabei eindeutig vom expandierenden Bergbau aus, wobei die Zuwanderung von Arbeitskräften zum dynamischen Faktor im Wachstum der Bevölkerung Recklinghausens wurde. Mit einem jährlichen Zuwachs von durchschnittlich 10 % wies die Stadt Recklinghausen in den Jahren 1895/1900 ein demographisches Spitzenwachstum unter den preußischen Städten auf. Die Zuwanderer bedeuteten für die Recklinghäuser Bevölkerung nicht nur einen quantitativen Zugewinn, sondern sie haben auch durch ihre Bevölkerungsweise die strukturelle Entwicklung der Einwohnerschaft dieser Stadt wesentlich mitgeprägt: hohe innereheliche Fruchtbarkeit (1900: Geborene 56,9 % der Einwohner); Gliederung der Bevölkerung nach Geschlecht und Alter zugunsten eines Männerüberschusses in der Altersgruppe zwischen fünfzehn und dreißig Jahren. Ihr Anteil stieg von 1880-1905 von 25 % auf 30 % der Gesamtbevölkerung der Stadt (Geschlechtsproportion 1890: 54,6 % männlich). Analog dem Wandel der Geschlechts- und Altersstruktur lassen sich Änderungen in der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung feststellen, die zugunsten der Minderheitenkonfession ausfielen. Jedoch blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein, vor allem auch wegen der starken Zuwanderung katholischer Polen, eine starke katholische Mehrheit (1913: 77 %) für die Stadt Recklinghausen charakteristisch. Darüber hinaus sorgten die Zuwanderer für einen Prozeß landsmannschaftlicher Einschmelzung und trugen somit auch im Recklinghäuser Gebiet bevölkerungsmäßig zur Entstehung des „Ruhrvolks“ bei. Bemerkenswert erweist sich dabei der hohe Anteil der polnisch sprechenden Zuwanderer an der Gesamtbevölkerung der Stadt Recklinghausen, der sich 1910 auf 23 % bei 53 701 Einwohnern belief. Das waren etwa 12 % der polnisch sprechenden Bevölkerung des Ruhrgebiets insgesamt. In einer zunehmenden Differenzierung des Arbeitsmarktes gemäß der gewerbestrukturellen Entwicklung in der Stadt Recklinghausen, die zwar vom Bergbau bestimmt wurde, aber auch im Bereich der Versorgungs- und Dienstleistungsgewerbe neue Chancen für die Existenzsicherung der zahlenmäßig wachsenden Bevölkerung erschloß, bot sich zugleich auch die entscheidende Voraussetzung für die lokale Ausprägung einer schichtdifferenzierten, mobilen, pluralistischen Industriegesellschaft. Die Neuorientierung in der industriellen Arbeits- und industriestädtischen Lebenswelt erwies sich weithin als ein konfliktgeladener sozialer Wandlungsprozeß, wie besonders der Bergarbeiterstreik von 1889 verdeutlicht. Oft mußten dabei soziale und kulturelle Desintegration durchgestanden werden. In diesem Prozeß neuer Identitätsfindung erwies sich neben der Familie und der herrschaftsgeprägten Arbeitswelt für eine wachsende Mehrheit in der Bevölkerung ein sich entwickelndes gruppenspezifisches Vereins- und Verbandsleben als weitere entscheidende Erfahrungsebene, auf der sich Chancen zur sozialen Integration in die industrielle Gesellschaft boten: Knappen- und bergmännische Arbeitervereine seit 1867. Gruppensolidarität wurde so neben Funktionalität zu einem weiteren, bestimmenden Ordnungsprinzip der sich lokal ausprägenden Industriegesellschaft.

**Schlußbemerkung:**

Die tägliche Daseinsweise als Industrievolk wurde nicht nur durch die wechselhaften Rahmenbedingungen der Industriewirtschaft bestimmt, sondern darüber hinaus entwickelte die städtisch-industrielle Gesellschaft aus sich heraus eine maßgebende, flexible Sozialordnung des Industriezeitalters, die sich in der Gegenwart erneut schwierigen regionalspezifischen Herausforderungen gegenüberübersieht. Sie gilt es nun, in gesellschaftlicher Solidarität zu bewältigen. Dazu mögen diese historische Analyse und Reflexion ermutigen.

*Manfred Hommel: Perspektiven und Probleme der Raumentwicklung  
am Nordrand des Ruhrgebietes*

Im Ruhrgebiet, dessen Entwicklungs- und Strukturzonen kurz vorgestellt werden, stehen dem hochverdichteten Ballungskern an Hellweg und Emscher die Gebiete an Ruhr und Lippe als Ballungsrandzonen mit überwiegenden Freiraumfunktionen gegenüber. Der dadurch gegebene hohe Wohnwert macht die Ballungsrandzonen seit langem zum bevorzugten Ziel der wohnungsorientierten Randwanderung aus dem Ballungskern. Diese Suburbanisierung bedroht jedoch tendenziell die großräumig bedeutsamen Freiraumfunktionen des Ballungsrandes. Darüber hinaus besitzt die Lippezone – im Gegensatz zur Ruhrzone – mit ihren unerschlossenen Kohlevorräten, großen ebenen Freiflächen und dem Lippe-Seiten-Kanal ein hohes bergbaulich-industrielles Entwicklungspotential, dessen bereits im Gange befindliche Realisierung zu Konflikten sowohl mit den Freiraumfunktionen als auch mit der gleichzeitig hier vordringenden Wohnnutzung führen muß.

Diese beiden Entwicklungsperspektiven der Lippezone – weitere Suburbanisierung und weitere bergbaulich-industrielle Entwicklung – werden hinsichtlich ihrer Ursachen, Rahmenbedingungen, räumlichen Wirkungen und planerischen Steuerungsmöglichkeiten im einzelnen erörtert und daraus folgende Forderung an die räumliche Planung abgeleitet:

1. Die Suburbanisierung der Lippezone sollte durch restriktive Wohnflächenausweisung soweit wie möglich gebremst werden, um ihre Freiraumfunktionen für das Kernrevier nicht zu beeinträchtigen. Die Kernstädte sollten im eigenen Interesse durch Maßnahmen zur Verbesserung ihres Wohnwertes der Randwanderung entgegenwirken. Die dennoch stattfindende Randwanderung sollte über die Lippezone hinaus auf den angrenzenden ländlichen Raum verwiesen werden.

2. Die bergbaulich-industrielle Entwicklung der Lippezone ist unabwendbar. Um die Freiraumfunktionen dadurch sowenig wie möglich zu beeinträchtigen, sollten der bisherige Vorrang des Bergbaus bei konkurrierenden Raumansprüchen überprüft und bergrechtliche und räumliche Planung stärker miteinander verzahnt werden. Ferner sollte auf neue große Kohlenkraftwerke verzichtet werden;

statt dessen sollten im ganzen Ruhrgebiet – und möglichst auch in anderen Verdichtungsräumen – kleine kohlegefeuerte Heizkraftwerke mit Wirbelschichtfeuerung errichtet werden, wodurch der Zugang der Kohle zum Wärmemarkt geöffnet und die Umweltbelastung in erträglichen Grenzen gehalten werden könnten. Für eventuelle spätere Kohleveredlungsanlagen kommen neben den im Landesentwicklungsplan VI ausgewiesenen Standorten, die bis zu ihrer industriellen Nutzung als Freiflächen zwischengenutzt werden sollten, derzeit Raffinerie- und Großchemiestandorte in Betracht, deren Anlagen nach Versiegen des Ölstroms auf Kohleveredlung umgestellt werden könnten; weitere Freiflächen brauchen dafür in der Lippezone nicht bereitgehalten zu werden.